

Ortsverband der CDU
Bergisch Gladbach-Refrath/Frankenforst

5060 Bergisch Gladbach 1
Wingertsheide 61
6. Mai 1987

Einschreiben

An den Präsidenten
des Landtages Nordrhein-Westfalen
4000 Düsseldorf



Betr.: Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Landesregierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes zugeleitet. Der Landtag wird den Entwurf in erster Lesung am 13. und 14. Mai beraten.

In dem Entwurf ist die Planung einer neuen Straße, die Bergisch Gladbach direkt mit der Autobahn A4 verbinden soll, nicht mehr enthalten. Die Landesregierung will diese Planung ersatzlos streichen.

Zum Stand der Planung ist festzustellen: Das Linienbestimmungsverfahren ist nach § 37 (2) Landesstraßengesetz durchgeführt. Nach § 37 (5) ist die abgestimmte Planung im Flächennutzungsplan vermerkt. Die Trasse der geplanten neuen Straße ist bisher von Bebauung freigehalten.

Der Ortsverband der CDU Refrath/Frankenforst bittet den Landtag bei seiner Beratung der Absicht der Landesregierung nicht zu folgen und die Fortführung der Planung der L 286 n wieder in das zu beschließende Landesstraßengesetz aufzunehmen.

Wir sprechen in dieser für unser Stadtgebiet außerordentlich wichtigen Angelegenheit für einen großen Teil der unmittelbar betroffenen Refrather Bürger. In einer Unterschriftenaktion haben sich weit über 2.000 Refrather Bürger für die Erhaltung der Trasse der L 286 n und für deren zügigen Ausbau ausgesprochen. Sie fordern, daß Refrath von unzumutbarem Durchgangsverkehr entlastet wird und Bergisch Gladbach eine eigene Zufahrt zum Merheimer Kreuz der A4 erhält.

Dieser Bürgerpetition fügen wir das Ergebnis der Unterschriftenaktion bei. In dem anliegenden Ordner sind 2.338 Unterschriften ortsansäßiger Bürger mit Adressenangabe enthalten, die sich für die weitere Planung der L 286 n aussprechen. Da wir annehmen, daß alle im Landtag vertretene Parteien um bürgernahe Entscheidungen bemüht sind, dürfen wir hoffen, daß unsere Bürgerpetition in sorgfältiger Abwägung aller Sachargumente Berücksichtigung findet, so daß die Planung der L 286 n auf gesetzlicher Grundlage wieder aufgenommen werden kann.

Die wichtigsten Sachargumente hierfür sind - zusammengefaßt - folgende:

1) Die Planung der L 286 n reicht bereits 50 Jahre zurück. Inzwischen ist der Verkehr durch die Ortsmitte Refrath so stark angeschwollen, daß die Verkehrsdichte derjenigen einer mittleren deutschen Autobahn entspricht. Ganz besonders stark fällt der Schwerlastverkehr zwischen Köln und Bergisch Gladbach ins Gewicht, der sich bis spät in die Nacht durch Refrath wälzt. Zu diesen Feststellungen kam die Bürgerinitiative "Rettet Refrath vor dem Verkehr" in einer 24stündigen Video-Verkehrsmessung.

Auch die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach hat bei Messungen zu bestimmten Tageszeiten extrem hohe Belastungsgrade der wichtigsten Refrather Straßen festgestellt.

So z.B. ist die Leistungsfähigkeit der Dolmanstraße mit 145% und der Straße In den Auen mit 175% überbeansprucht. Bei einer solchen innerörtlichen Verkehrsbelastung sind in anderen Städten längst Umgehungsstraßen gebaut worden.

2) Es handelt sich nicht um einen im Ort selbst verursachten Verkehr, sondern zum weitaus größten Teil um Durchgangsverkehr zwischen Autobahn und Bergisch Gladbach-Zentrum bzw. Industriegebiet. Der Durchgangsverkehr sucht seine Wege und breitet sich immer weiter auf Nebenstraßen aus. Praktisch wird damit das größte Wohngebiet von Bergisch Gladbach mit etwa 23.000 Einwohnern zum Zubringer zur Autobahn.

Weder der Verweis auf stärkere Nutzung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln noch der Vorschlag zur Verkehrsberuhigung helfen hier weiter. Das Verkehrsaufkommen wird damit nicht verringert; die Verschlechterung der Umwelt-, Wohn- und Lebensqualität für die Refrather Bürger wird nicht aufgehalten.

3) Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Belastung des Wohnstadtteils Refrath mit hohem Durchgangsverkehr in den kommenden Jahren nicht zurückgeht, sondern jährlich weiter zunimmt. Wenn nicht rechtzeitig Vorsorge durch eine neue Direktverbindung zur Autobahn geschaffen wird, werden bis zum Jahre 2.000 katastrophale innerörtliche Verkehrsverhältnisse eintreten, und zwar ohne Aussicht auf eine Verbesserung. Die örtlichen Gegner der geplanten Entlastungsstraße schweigen sich zu dieser Zukunftsperspektive völlig aus. Sie ist nicht mit einem verantwortlichen, zukunftsgerichteten Handeln, das die Bürger von den Politikern erwarten, in Übereinstimmung zu bringen.

4) Die geplante Straße ist keine Autobahn, sondern eine zweispurige Straße von etwa 7 km Länge. Da gleichzeitig an anderer Stelle ein Rückbau möglich ist, hält sich der Eingriff in die Landschaft und Natur in engen Grenzen. Dies bestätigt die Umweltverträglichkeitsstudie, die seinerzeit die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte.

Diese Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß dem Ausbau der geplanten Trasse keine entscheidenden ökologischen Gesichtspunkte entgegenstehen. Unter besonderer Betrachtung der versiegelten Flächen, der Möglichkeit, vorhandene

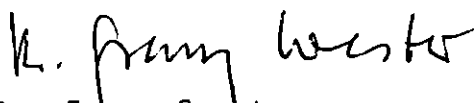
Straßen zurückzubauen und zu renaturieren und der Inanspruchnahme von Waldflächen ist die Bewertung von Variante 1 (Trasse Bergisch Gladbach/Merheimer Kreuz) relativ günstig ausgefallen, so stellt der Landschaftsverband Rheinland als Fazit der Umweltverträglichkeitsstudie fest. Ein oder zwei neuralgische Punkte in der Linienführung könnten sicher noch durch Tieflage ausgeräumt werden.

Landschafts- und Naturschutz dürfen nicht absolut gesetzt werden; sie sind abzuwägen mit den ökologischen Belastungen der Menschen in Refrath. Wenn hier einseitig zugunsten der Landschaftsökologie entschieden würde, entsteht unweigerlich der Eindruck, daß den Refrathern auf Dauer eine menschenunwürdige autobahnähnliche Verkehrssituation in einem dichtbesiedelten Wohngebiet zugemutet wird.

Wir hoffen, daß alle diese Argumente bei der parlamentarischen Beratung gründlich durchdacht werden.

Wir sind Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Präsident, wenn Sie diese Bürgerpetition mit dem Nachdruck Ihres hohen Amtes der Parlamentsberatung zuleiten würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(Dr. Franz Coester,
Vorsitzender des Ortsverbandes)